

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1924

12.6.1924 (No. 136)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsruher
Straße Nr. 14
Verantwortlich:
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
E. A. M. u. d.
Karlsruhe

Wegpreis: In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert monatlich 2,00 Geldmark. — Einzelnummer 10 Geldpfennig, Samstags 15 Geldpfennig. — Anzeigengebühr 12 Geldpfennig für 1 mm Höhe und ein Zeilenstück. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tariffreier Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche weite Verbreitung und Konsumverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streit, Sperrung, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder telephonischer Absehung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verantwortung für irgendwelche Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatschluß erfolgen.

Ausländische Unterstützung des deutschen Standpunktes bei dem Streitfalle mit Rußland

Angesichts des Streitfalles zwischen der deutschen und der russischen Regierung wegen des Vorfalls in der russischen Handelsvertretung in Berlin dürften die beiden nachstehenden uns soeben aus Montreal und Amsterdam zugegangenen Berichte von besonderem Interesse sein, zumal sie dartun, daß die deutsche Regierung mit ihrer Auffassung der Sachlage keineswegs allein steht; insbesondere weist der kanadische Fall eine merkwürdige Ähnlichkeit mit dem Berliner Vorgange auf.

Aus Montreal, Ende April, wird uns geschrieben: Die kanadische Regierung hat die „Verbündeten Sozialistischen Sowjet-Republiken“ formell anerkannt und davon auch den amtlichen Vertretern der fremden Staaten von Ottawa, dem kanadischen Regierungssitze, aus offiziell Kenntnis gegeben.

Es trifft sich nun eigenartig, daß der Anerkennung fast unmittelbar ein Zwischenfall mit der russischen Handelsdelegation gefolgt ist. Da die Rechtsberater der kanadischen Regierung ein Gutachten abgegeben haben, daß die russische Delegation nur eine reine Handelsdelegation und nicht eine diplomatische Mission sei, so haben die Zollbehörden das Generalkonsulat in Kanada ganz allgemein gewährte Privileg der Befreiung von der Zollrevision eingehender Sendungen auf die Sowjet-Vertretung nicht ausgedehnt. Sie haben vielmehr, wie aus Ottawa gemeldet wird, eine Sendung von 40 Kisten gestrichelt, in denen sich viel revolutionäres Propaganda-Material befunden haben soll. Wie es heißt, wird in diesem Material die christliche Religion verspottet, die bestehenden Gesellschaftsordnungen werden bekämpft und die kommunistische Revolution gepriesen. Der Chef der Sowjet-Delegation soll nach Ottawa zitiert und um Auskunft erlucht worden sein.

Wegen der Osterferien, während denen die meisten Minister von Ottawa abwesend sind, sind Entscheidungen in der Angelegenheit noch nicht getroffen worden, aber die hiesige „Gazette“ gibt der Regierung den Rat, die russische Handels-Delegation zurückzuschicken. Die öffentliche Meinung Kanadas ist jedenfalls nicht geneigt, kommunistische Propaganda durch die russische Handelsdelegation zu dulden.

Der Chef der Delegation, Herr Jazikoff, hat in einem Interview mit dem hiesigen „Star“ sich darauf hinausgeredet, die Drucksachen enthielten kein Propaganda-Material, sondern sollten nur die Kanadier über die russischen Verhältnisse aufklären — was für die Anbahnung von Geschäftsverbindungen zwischen Kanada und Rußland erforderlich sei und was durchaus nötig wäre, da weder in der Bibliothek in Ottawa noch in der Kongressbibliothek in Washington Material über das neue Rußland vorhanden sei. Weilläufig entsteht da die Frage, woher Herr Jazikoff so gut über den Bestand der Kongressbibliothek in Washington Bescheid weiß. Auch dieses Moment spricht dafür, daß die russischen Handelsdelegationen sich keineswegs nur mit wirtschaftlichen Angelegenheiten zu befassen scheinen.

Wenn schließlich Herr Jazikoff behauptet, daß er auf Grund des Abkommens zwischen Großbritannien und Sowjet-Rußland dieselben Ansprüche auf gewisse Erleichterungen habe wie politische Vertreter eines fremden Landes, so beweist er damit, daß er von der Konstruktion des British Commonwealth of Nations keine Kenntnis besitzt.

Aus Amsterdam, 16. Mai, wird uns geschrieben: Die bürgerliche niederländische Presse vertritt in Besprechungen des russisch-deutschen Zwischenfalles die Auffassung, daß formell vielleicht auf deutscher Seite irgend ein kleiner Fehler begangen worden sei, daß aber sachlich Deutschland im Rechte sei, weil die bolschewistische Propaganda sich höchst lästig mache. In diesem Sinne hat sich die „Tijds“ geäußert und ebenso schreibt der „Nieuwe Rotterdamse Courant“ folgendes:

Das Vorgehen der deutschen Polizei war zweifellos ungewöhnlich, ja sogar recht derb, da die russische Handelsabteilung, mag sie nun exterritorial sein oder nicht, jedenfalls einen offiziellen Teil der russischen Sowjet-Vertretung bildet und zwar schon darum, weil aller Handel mit Rußland durch Regierungskanäle gehen muß. Wenn aber diese offizielle Abteilung sich selbst zu einem

Propagandabüro der dritten Internationale von Moskau macht, so kann sie unmöglich Anspruch machen auf dieselbe Behandlung, die anderen offiziellen Missionen zuteil wird. Die Schwierigkeit des diplomatischen Verkehrs mit Rußland liegt darin, daß man die zentrale Regierungsautorität in Moskau von der Leitung der dritten Internationale schwer scheiden kann. Moskau mag mit der einen Hand feierliche Verpflichtungen unterschreiben, nach denen die bolschewistische Propaganda in anderen Ländern unterbleiben muß —, die andere Hand weiß nichts davon und setzt die Propaganda für die dritte Internationale ruhig fort.

Die Bedenklichkeit der inneren Zustände in Rußland

Von besonderer Seite wird uns geschrieben:

Seit dem Tode Lenins arbeiten die „Diadochen“ unausgesetzt an einer neuen Radikalisierung der innerussischen Zustände, nachdem in den letzten zwei Jahren eine gewisse Annäherung an bürgerliche Verhältnisse eingetreten war. Diese Radikalisierung greift nicht nur im engeren Herrschaftsbereich der Moskauer Machthaber Platz, sondern auch in der Ukraine. Hier wird dort werden Verdächtige in großer Zahl verhaftet und wie in der Porenzeit deportiert. Sibirien und die Eismeerküste erhalten unehrenhafte Gäste und die „administrative Verschickung“ ist an der Tagesordnung. Wie in Moskau, so wird auch in Charkow, Odessa, Kiew usw. die „Reinigung der Partei“ durch Ausmerzung der noch vorhandenen Reste der Intelligenz und durch Aufnahme ungebildeter, nicht einmal des Schreibens und Lesens mächtiger, aber den Machthabern zuverlässig ergebener Elemente betrieben. Das religiöse Empfinden soll unterdrückt und durch eine „geistige Schulung“ im Sinne der Partei ersetzt werden. Diese „geistige Erneuerung“ des Bolschewismus ist für die innere Ruhe des Landes nicht ungefährlich. Rumänische Blätter der verschiedensten Parteirichtungen wissen schon seit Wochen zu melden, daß nach Bessarabien in steigender Zahl russische Flüchtlinge übertreten, die sich vor dem kommenden Sturm retten wollen.

Auch die in Berlin erscheinende tabuttistische russische Tageszeitung „Kul“ hat kürzlich aus der Feder eines in Rußland lebenden Korrespondenten eine recht bedenkliche Schilderung über die gegenwärtigen Zustände in Rußland gebracht. Es war darin etwa folgendes ausgeführt: Das Leben ist überaus schwer. Wer nach dem Tarif bezahlt wird, kommt gerade noch knapp aus, doch solcher Glücksfälle gibt es nicht viele. Die übrigen nehmen Verheerungsgelder und niemand hält das für eine Sünde: man muß doch leben. — Die Stimmung ist bei allen, in den Hauptstädten wie in der Provinz, gedrückt. Der Terror erreicht bald die Höhe der Jahre 1919/20. Wir leben auf einem Vulkan, jeden Augenblick gewärtig, verhaftet zu werden.

Außerlich ist die Opposition niedergedrückt, doch im Innern der Partei wächst und erweitert sie sich ungeachtet aller draconischen Maßnahmen. In der Nacht vom 5. zum 6. Mai wurden in Moskau 6500 Personen verhaftet. Die Gefängnisse sind überfüllt. Die GPU (die GPU, Politische Staatspolizei) ist die angeblickt begabteste, aber unter diesem Namen wieder auferstandene berüchtigte Tscheka. Die Repressalien wenden sich vor allem gegen die ehemaligen Zarenoffiziere und die Geistlichkeit. Die Auslandsmissionen werden besonders scharf bewacht. Man braucht nur in einer dieser Missionen vorzusprechen, um in der gleichen Nacht verhaftet zu werden.

Ohne Zweifel hat Trotzki in dieser ganzen Sache die Rolle eines Provokateurs gespielt. Alle Veränderungen in der Roten Armee wurden nicht nur mit seinem Wissen, sondern nach seinen Angaben ausgeführt. Die „oppositionelle Stellung“ des roten Marschalls ruft heute nur noch ein böses Lachen hervor: sie wurde durch die gewiegten Provokateure aus der GPU injiziert, um die Opposition ohne Anführungsstriche umso besser auszurotten. Das Talent Felix Derschinskis hat sich auch hier bewährt. (Felix Derschinski war seinerzeit der Begründer der Tscheka.)

Rum sind freilich wieder die rumänischen Blätter noch der „Kul“ als ganz objektive Quellen anzusehen, denn die Rumänen haben wegen der bessarabischen Streitfrage, die russischen Kadetten wegen des parteipolitischen Gegensatzes, allen Grund, der Sowjetregierung alles Böse an den Hals zu wünschen und die innerussischen Zustände in dunklen Farben zu zeichnen und darzustellen. Aber auch aus vollkommen objektiven uns in letzter Zeit zugegan-

genen Berichten aus Moskau, Petersburg und Kiew geht hervor, daß die gegenwärtigen Machthaber durch Überspannung des Bogens große Gefahren für Rußland und sich selbst heraufbeschwören. Ob unter diesen Umständen Rußland Veranlassung hat, gerade jetzt den Zwischenfall mit Deutschland auf die Spitze zu treiben, und auch andere Länder vor den Kopf zu stoßen, darf als recht fraglich erscheinen.

Politische Neuigkeiten

Millerands Rücktritt

Paris, 12. Juni. Die Nationalversammlung ist auf Freitag Nachmittag 2 Uhr einberufen. Sie setzt sich zusammen aus den 581 Mitgliedern der Kammer und den 311 Mitgliedern des Senats. Die Wahl des neuen Präsidenten erfolgt in geheimer Abstimmung. Für den keineswegs ausgeschlossenen Fall, daß eine Einigung unter den Parteien sich als unmöglich erweisen sollte, rechnet man in parlamentarischen Kreisen bereits mit der Möglichkeit einer Kandidatur Pams, die Aussicht haben würde, sämtliche Stimmen der Linken auf sich zu vereinigen. Pams war bekanntlich bereits im Jahre 1913 der radikale Gegenkandidat Poincarés. Er hat verschiedenen radikalen Kabinetten als Ressortminister angehört, ohne indessen politisch besonders hervorgetreten zu sein.

Die sozialistische Kammergruppe hat eine Sitzung abgehalten und sich auf die Kandidatur Painlevés für die Präsidentschaft der Republik festgelegt.

Washington, 11. Juni. Millerands Rücktritt wird hier als ein günstiger Umstand für eine Besserung der deutsch-französischen Beziehungen betrachtet. Wenn man auch nicht glaubt, daß nun ein Wechsel in der französischen Haltung betreffs der materiellen Ansprüche eintreten wird, so nimmt man doch an, daß nun freundlichere Methoden Platz greifen werden. Die bevorstehenden Verhandlungen bezüglich der Erneuerung der Nicumbverträge werden eine Probe sein und diese Auffassung bestätigen. Man sieht jetzt einen auskömmlichen Weg zu einer allgemeinen Sicherstellung des Dawesplanes offen. Täglich wächst die Überzeugung, daß die Vereinigten Staaten ohne die europäischen Märkte nicht gedeihen können. So wird z. B. darauf hingewiesen, daß die Vereinigten Staaten im Ausland jährlich für mehr als eine Million Dollar Geldanlageplätze suchen müssen, da diese Gelder sonst profitlos bleiben würden. Eine vorläufige europäische Stabilisierung sei jedoch nicht denkbar ohne eine langfristige Kreditgewährung. (Frankf. Ztg.)

Die Schulen im besetzten Gebiet. Aus der vom preussischen Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung der Reichsregierung überreichten Denkschrift über die Schulen im besetzten Gebiet ergibt sich, daß die Zahl der durch die Besatzungsbehörden oder Truppen beschlagnahmten Schulräume über 3200 beträgt und daß über 70 000 Kinder einen unzureichenden Unterricht genießen. Neben den körperlichen Gefahren ist zu befürchten, daß allmählich das geistige Niveau der Schulen herabgedrückt wird. Diese Verhältnisse wirken auch auf die sittliche Erziehung der Jugend verhängnisvoll ein. Zahlreiche Gefahren drohen den Schulkindern auf dem Schulwege früh morgens und spät abends, wobei wiederholt Schülermorden überfallen wurden. Die geistige Reife ist so, daß die diesjährigen Abiturienten kaum bessere Durchschnittsleistungen aufzuweisen haben, als die Kriegsabiturienten. Dazu entsteht unter den Schülern und Schülerinnen eine starke Erregung, wenn sie sehen müssen, wie Lehrer und Schüler von den Besatzungsbehörden ausgewiesen werden. Am Schluß der Denkschrift appelliert der Minister an das Gewissen der gesamten gebildeten Welt und ruft sie auf, daran mitzuwirken, daß die Schulen im besetzten Gebiet baldigst freigegeben werden.

Die Rechtspolitik. Die Nationalsozialistische Freiheitspartei hat an den Reichspräsidenten ein Schreiben gerichtet, in dem sie dagegen protestiert, daß die Regierung Marx-Stresemann die Abstimmung in der letzten Reichstagsitzung über die Programmklärung der Regierung als Ermächtigung für weitere Verhandlungen auf Grundlage des Dawes-Gutachtens ansetzt. Die Nationalsozialistische Partei behauptet, dazu genüge nicht eine einfache, sondern es bedürfe dazu einer Zweidrittelmehrheit.

Im schroffen Gegensatz dazu erklärt der Außenpolitiker der Deutschnationalen, Abg. Professor Goebels heute in der Kreuzzeitung: „Ohne Zweifel ist die Regierung Marx-Stresemann jetzt legitimiert, die Geschehnisse, die aus dem Gutachten hervorgehen, energisch zu fördern. Jetzt muß die Zeit nachgeholt werden, die in den Wochen der Regierungsbildung vertrieben worden ist. An dieser Arbeit mit dem Vorbehalt der Abstimmungen wird selbstverständlich die Deutschnationale Partei sehr energisch teilnehmen. Freilich sei das Ziel der Deutschnationalen, die jetzige Regierung noch vor dem Abschluß der Verhandlungen über das Gutachten zu stützen und durch eine Regierung zu ersetzen an der die Deutschnationalen maßgebend beteiligt sind.“

Der sozialdemokratische Parteitag. Nach zweijähriger Pause begann in Berlin der sozialdemokratische Parteitag. Er wird sich neben der Behandlung einer ganzen Reihe von Anträgen und Interpellationen, die von den Ortsgruppen eingebracht worden sind, vor allem mit der Politik der Partei in der vergangenen Legislaturperiode des Reichstages befassen.

Kurze Nachrichten

Der „Deutsche Tag“ in Siegen verboten. Der preussische Minister des Innern hat den „Deutschen Tag“ in Siegen, der am 14. und 15. d. Mts. stattfinden sollte, verboten.

Wachsende Spannung zwischen Amerika und Japan. Die Spannung zwischen Amerika und Japan scheint in der Zunahme begriffen zu sein. Die meisten Amerikaner, die dazu in der Lage sind, verlassen so schnell als möglich Japan, da in den japanischen Städten Maueranschläge angelegt sind, in denen die Bevölkerung aufgefordert wird, sich gegen die Amerikaner zu verteidigen. Der japanische Votschaffter in Washington soll die amerikanische Regierung gewarnt haben, daß ernste Zwischenfälle zu befürchten sind, sobald die durchaus unbefriedigende amerikanische Antwort, die ihm in Washington überreicht worden sei, in Japan veröffentlicht werde.

Der Umsturz in Albanien. Einmütig beschloß das Volk die Übergabe der Stadt Tirana, schon weil alle Regierungsmitglieder nach Italien geflohen seien. Dann wurde auf dem höchsten Gebäude der Stadt die weiße Fahne gehißt. Die von den Nationalisten besonders angegriffenen Familien Toptani und Brioni und andere kompromittierte Persönlichkeiten des alten Regimes haben sich bereits in das Ausland geflüchtet. Der Expräsident Bogu ist inzwischen ebenfalls aus Tirana verschwunden.

Badischer Teil

Die Zuständigkeit der Versorgungsämter

Vom Hauptversorgungsamt Karlsruhe wird mitgeteilt: Infolge der Auflösung von Bezirksämtern zum 1. April 1924 sind auch in der Zuständigkeit der Versorgungsämter Änderungen erfolgt. In Versorgungsangelegenheiten sind mit Wirkung vom 1. April 1924 zugewiesen worden:

1. Dem Versorgungsamt Freiburg i. B. die Gemeinden Bonndorf, Boll, Brunnadern, Ebnet, Faulenfürst, Grafenhäuser, Gündelwangen, Holzschlag, Schönenbach, Wellendingen und Wittelsheim des bisherigen Amtsbezirks Bonndorf, ferner die Gemeinden Hornberg, Niedertwasser und Reichenbach des bisherigen Amtsbezirks Triberg, sämtlich unter Abtrennung vom Bezirk des Versorgungsamts Badolzell.

2. Dem Versorgungsamt Heidelberg die Gemeinden des bisherigen Amtsbezirks Eppingen unter Abtrennung vom Bezirk des Versorgungsamts Karlsruhe jedoch ohne die Gemeinden Eichelberg, Ehsen, Landshausen, Tiefenbach, Mühlbach und Sulzfeld, die beim Versorgungsamt Karlsruhe verbleiben.

3. Dem Versorgungsamt Badolzell die Gemeinden des bisherigen Amtsbezirks St. Blasien unter Abtrennung vom Bezirk des Versorgungsamts Freiburg i. B. jedoch ohne die Gemeinden Lohmoss, Bernau, St. Blasien, Wastwald, Häusern, Mengerschwand und Schluchsee, die beim Versorgungsamt Freiburg i. B. verbleiben.

An übrigen hat sich die bisherige Zuständigkeit der Versorgungsämter durch die Aufhebung der Bezirksämter nicht geändert.

Gegen Schmutz und Schund im Film

Auf Antrag des badischen Ministeriums des Innern hat die Filmoberprüfstelle die Vorführung bestimmter Teile des Films „Stadt in Sicht“ (hergestellt von der Rex-Film G. m. b. H. Berlin) verboten. Das Verbot erfolgte auf Grund eines Antrags auf Widerruf der Zulassung des Films, den das Ministerium des Innern auf Anregung des Heidelberger Ortsausschusses für Lichtspieltheater im Hinblick auf die entsetzliche und verwerfliche Wirkung bestimmter Teile dieses Films gestellt hatte.

Eröffnung der „Großen Kraichgauer Gewerbeausstellung“

Bruchsal, 11. Juni. Die „Große Kraichgauer Gewerbeausstellung“ wurde in Gegenwart des Ministers des Innern Remmele, des Vorsitzenden des Landesverbandes der badischen Gewerbe- und Handwerkervereinigungen, Burkhardt, des Handwerkskammerpräsidenten Jemann und zahlreicher geladener Gäste eröffnet. Stadtrat Malermeister Felsch als Gauvorsitzender der Gewerbevereine und Präsident der Ausstellungsleitung sprach das Begrüßungswort. Die Größe der Stadt Bruchsal übermittelte Oberbürgermeister Dr. Reister. Handwerkskammerpräsident Jemann wies in seiner Ansprache auf die Bedeutung des kraichgauer Gewerbes, der Industrie und des Handels und die Bruchsaler Veranstaltung hin. Nach dem Rundgang, der sich an die Eröffnung angeschlossen, wurde die über Erwarten reichhaltige Ausstellung dem Besuch des Publikums zugänglich gemacht. Der Andrang war gleich am ersten Tag ein großer. Besonders Interesse fanden die ausgestellten müstergültigen Anlagen der in Bruchsal ansässigen, auf dem Gebiete des Eisenbahnsicherungswesens im In- und Ausland führenden deutschen Eisenbahnsignalwerke A. G., die Ausstellungen der Möbelbranche, des Baugewerbes und der Haushaltungs- und Gebrauchsgüter. Der Einzelhandel, in der Hauptsache die Textilbranche, hat eine eigene große Halle für die Zwecke ihrer Ausstellung in Anspruch genommen und prachtwoll ausgestattet. Die Ausstellung bleibt noch bis zum nächsten Sonntag geöffnet. 45 auswärtige Schulen haben ihren Besuch angemeldet.

Redarwoche 1924

DZ. Mannheim, 10. Juni. Etwa über 1000 Kajakmänner und Kajakfrauen mit etwa 500 Booten aus allen deutschen Gauen des besetzten und unbesetzten Gebietes waren der Einladung zu der vom Deutschen Kanuverband veranstalteten und vom Heidelberger Kanuverband in musterhafter Weise durchgeführten Redarwoche, welche am Freitag in Heilbronn ihren Anfang nahm, gefolgt. Besonders stark vertreten waren die Raddler des besetzten Gebietes. Herzliche Begrüßung wurde dem Vertreter des Österreichischen Kanuverbandes zuteil. Die offizielle Begrüßung der Gäste fand in Wimpfen, der althistorischen Redarstadt, durch den 1. Vorsitzenden des Oberheim- und Mainkreises des D.R.V., Medizinalrat Dr. Schnell, statt, welcher herzliche Worte des Dankes an alle diejenigen richtete, die sich der Kanufahrt annahmen und zur Verschönerung des geplanten Festes durch ihre Unterstützung beitrugen. Ein farbenprächtiges Schauspiel bot sich den Taufenden, die der um 10 Uhr abends stattgefundenen Beleuchtung der oberen Stadtteile Wimpfens beiwohnten. Unter den Posaunenklängen eines feierlichen Chors vom blauen Turm in Wimpfen begann am Pfingstsonntag die geplante Wanderfahrt auf dem Redar. Als erste Etappe war die Stromstrecke Heilbronn-Redarzimmern vorgesehen. Hahnheim, das Ziel des ersten Tages, verwandelte sich in den Nachmittagsstunden in eine Feststadt, in der nach der Art des Kanufahrers kampiert wurde. Bald herrschte dort ein überaus buntes, malerisches Lagerleben, uns an Balkenheims Lager erinnernd. Ein feierliches Gepräge bekam der Anlauf des Tages durch den auf der Burg Hornberg veranstalteten Deutschen Abend. Von Redarzimmern aus bewegte sich ein unübersehbarer Fadelzug zu Eßhens Burg hinauf. Professor Dr. Ritter von Wayer schil-

berte die geschichtliche Vergangenheit des Redarfestes und schloß seine Ausführungen mit den Worten: Wir wollen sein ein einzig Volk von Brüdern, in keiner Not uns trennen und Gefahr. Bald darauf brauste das alte Volklied: „Alt Heidelberg, du feine...“ durch alle Winkel der Burg. Tiefen Eindruck in den Herzen aller hinterließ diese imposante Feier. Am Pfingstmontag, dem zweiten Tage der Wanderfahrt, durchlief das Kanugewand die zweite Etappe Redarzimmern-Neustersbach.

Dr. Ruge vor dem Heidelberger Schwurgericht

Heidelberg, 11. Juni. Vor dem Schwurgericht, das unter dem Vorsitz von Landgerichtsrat Dr. Weindel tagte, hatte sich der ehemalige Heidelberger Privatdozent Dr. Arnold Ruge zu verantworten, der durch seine rechtsradikale Tätigkeit und seine Angriffe auf die verschiedensten Einrichtungen der neuen Zeit schon viel von sich reden gemacht hat. Ruge war diesmal angeklagt und befand sich längere Zeit in Untersuchungshaft wegen Vergehens gegen das Gesetz zum Schutze der Republik. Das Vergehen wurde darin erblickt, daß der Angeklagte in der allerdings wenig geliesenen Zeitschrift „Deutsche Wohlfahrt“ geschrieben hatte, Roincaré, Lloyd George, Reichskanzler Dr. Brüch und Minister Rathenau seien die Totengräber der deutschen Wirtschaft gewesen. Dr. Ruge erklärte, er habe keinerlei Personen mit seinen Worten treffen wollen, sondern habe nur ein System damit näher bezeichnet.

Als Sachverständiger wurde Professor Dr. Kusla über den Begriff „Totengräber des deutschen Reiches“ vernommen. Er erklärte, dieses Wort sei auch früher schon gelegentlich als politisches Schlagwort verwendet worden, u. a. auch im deutschen Reichstag. Man könne es unter diesem abschleifenden Eindruck des Gebrauchs als Schlagwort nicht mehr so ohne weiteres als beleidigend oder beschimpfend ansehen. Oberstaatsanwalt Dr. Lint legte dagegen die Worte Ruges so aus, als ob der Angeklagte damit habe sagen wollen, die genannten deutschen Minister hätten die Absicht gehabt, den Untergang des Reichs absichtlich herbeizuführen.

Das Urteil lautete auf Freispruch. In der Begründung wurde ausgeführt, daß zwar die in dem Artikel der „Deutschen Wohlfahrt“ enthaltenen Sätze hart die Grenze des Erlaubten streifen, aber doch wiederum nicht gegen das Gesetz verstießen. Die Hornmenstellung der Namen der deutschen Minister mit Roincaré sei zweifellos nicht schön, aber man könne sich der Ansicht des Sachverständigen nicht verschließen. Die nicht geringen Gerichtskosten fallen der Staatskasse zur Last.

Berufswahl und Handwerk

Vom Kunstwart Dr. Redtsch

Während früher Begabung und Veranlagung als entscheidende Begründung bei der Wahl des Berufs angeführt wurden, hört man heute zu viel Erwägungen darüber, wie schnell und wie hoch die Möglichkeit zum Geldverdienen ist. In dieser Abhängigkeit von der finanziellen Seite liegt eine große Gefahr, denn gerade in einer Übergangszeit, wie wir sie gegenwärtig durchmachen, wechseln die Ansichten des Berufs häufig. Man muß daher immer wieder daran erinnern, daß bei der Berufswahl die Veranlagung das Entscheidende ist. So wie der Geograph nur wenige Grundtypen von Handwritten unterteilt, so gliedert sich auch die berufliche Neigung der Menschen nach ganz bestimmten, immer wiederkehrenden Typen, die in der Veranlagung vorgebildet sind und nach Erfüllung verlangen.

Gewund sind die Zeiten, in denen bei der Berufswahl das Handwerk zur entscheidenden Würdigung kommt. In einer Weise, die man geheimnisvoll nennen könnte, wenn sie nicht so natürlich und selbstverständlich wäre, ist der Handwerker mit seinem Material verbunden. Ich traf als Lehrer einer staatlichen Schule einen Meister, der so sehr auf sein Material eingestellt war, daß er den Geschmack des Leders immer auf der Zunge haben mußte, und ständig ein Stückchen Leder taute. Im Krieg konnte man erleben, welchen Eindruck der Geruch frisch gefällten Holzes auf Soldaten machte, die in ihrem Beruf Tischler und Zimmerleute waren. Ich erinnere mich eines Uhmachers, der im Lager seine Uhr auseinander nahm, nur um sie wieder zusammenzusetzen zu können. In diesem Verbundensein des Menschen mit dem können seine Hand und dem Material seiner Arbeit, das sich vielen gerade während des Krieges als ein starkes Erlebnis auslief, liegt vielleicht der größte Wert unseres deutschen Volkes und das Geheimnis seiner Kraft zur Wiedergeburt. Als Ausgleich für die Jahre des Krieges regt sich daher ganz von selbst in Deutschland eine Bewegung, die auf eine neue und starke Betonung des in unserem Volke liegenden Könnens ausgeht. Diese Bewegung klopft an die Pforten der gewerblichen Schulen. Statt Schulbank und Papier will sie Werkzeug und Arbeitsmaterial sehen. Sie klopft an die Universitäten und will, daß der Grundbesitzer allen Könnens, der Erwerb des Wissens auch praktische Arbeit als gesunder Ausgleich gegenübergestellt wird.

Vor allem zeigt sich diese Bewegung im Wirtschaftsleben. Das geschäftliche Leben der kommenden Zeit wird nicht mehr so sehr wie um 1900 von Geschäftstreibenden abhängig sein. Schon die Zunahme unserer Reisen sorgt dafür, daß die Firmen ihre Arbeit weniger auf Vertrieb durch Reisende als auf Verkauf durch sachlich geschulte Einkäufer stellen.

Es kommt alles darauf an, daß die hier angegedeutete Hinwendung zu einer gesteigerten Würdigung des Könnens rechtzeitig das Verständnis der Jugend findet. Es handelt sich dabei zunächst um eine ethische Forderung: Wir können die Schwere und Ungerechtigkeit der Zeit nur dann ertragen, wenn wir das Endziel des Lebens nicht im Besitz, sondern im Können sehen. Je mehr ein Mensch kann, um so mehr muß er geachtet werden. Achtung vor dem „Haben“ kann nicht die Grundlage einer gesellschaftlichen Moral sein.

Dann aber handelt es sich um eine Frage der Erziehung. Das Können ruht infolge des Krieges heute vielfach in den Händen betagter Meister. Die mittlere Generation hat viel verlernt, die jüngste hat eine mangelhafte Ausbildung gehabt und zeigt daher nicht genügend Achtung vor Wissen und Können. Dennoch fühlt man schon heute die Möglichkeit zur Änderung. Auch die turnerischen und sportlichen Wettkämpfe bereiten gemeinsam mit dem Kampfsport der Ausstellungen und Messen eine Zeit vor, der — so wollen wir hoffen — Freude am Können das Gepräge gibt.

Entwickelt sich aus der heute den Weltmarkt beherrschenden Forderung nach Qualität in logischer Folge eine neue Schätzung des Könnens, so wird für Deutschland alles darauf ankommen, ob seine Jugend dieser Forderung gewachsen ist.

Darum gilt es, Achtung zu verbreiten vor dem, der etwas geleistet hat und etwas leistet, Achtung vor der Arbeit, Achtung vor der Lehre und Achtung vor der Leistung. Voraussetzung und Erfüllung dieser Forderung aber wäre, daß der Grundtyp deutscher Arbeit und deutscher Erziehung, „der Meister“, wieder mehr als bisher geschätzt wird, und daß der Sinn für das Können der Hand und der Arbeit, Hand und Auge zu schulen, zum entscheidenden Ideal für die deutsche Jugend und zum Ausgangspunkt ihrer Berufswahl wird.

Von besonderem Wert aber erscheint es, daß unser Handwerk aus den Kreisen derer, die einst die Möglichkeit zum Besuch der Universität hatten, Zuflucht und Nachwuchs erhält. Je mehr an Bildung, Idealismus und künstlerischem Drang im Nachwuchs des Handwerks zu spüren ist, um so besser für die Zukunft unseres Landes.

Jugendberater

Mehrere Schülerelbstmorde haben in letzter Zeit wieder die Aufmerksamkeit auf die Not der Jugend gelenkt. Viele meinen, etwas Besseres gebe es überhaupt nur in der Vorstellung besonders empfindlicher Menschen, die überall Probleme sehen. Die Tatsachen strafen sie tüchtig. Eine Zusammenfassung, die wir dem kürzlich erschienenen Büchlein von Dr. Hugo Sauer, Jugendberatungsstellen (Verlag von Ernst Odenburg, Leipzig) entnehmen, zeigt, daß in den Jahren 1915—21 sich im Staat Preußen 3416 männliche und 1931 weibliche Jugendliche zwischen 10 und 20 Jahren das Leben genommen haben. Das zarte Alter von 5—10 Jahren weist während sieben Jahren in Preußen 16, in Berlin 3, in Brandenburg 4, Selbstmorde auf. Die preussische Statistik zählt für das Alter von 15 bis 20 Jahren im Jahre 1920 insgesamt 828, im Jahre 1921 727 männliche und weibliche Selbstmörder; für beide Jahre unter Einrechnung von 163 Kindern, zusammen 1718 junge Menschen. — Wieviel Selbstmorde von der hier nicht mitgezählten letzten Altersstufe von 20 bis 30 Jahren auf die Zeit v. 20—21 Jahren, das letzte Jahr der „Jugendlichen“, fallen ist nicht festzustellen; unter Einrechnung dieses Jahres muß sich die Zahl der jugendlichen Selbstmörder noch erhöhen. Nicht minder erschütternd wirken Dr. Sauer's Ausführungen über die Kriminalität der Jugend, die Not der Zeit und ihre Wirkung auf die Jugend. Wie kann man Abhilfe schaffen und weiteren Katastrophen vorbeugen? Dr. Sauer schlägt Beratungsstellen vor, die ehrenamtlich verwaltet werden. Dabei kann es sich selbstverständlich nur um Männer und Frauen handeln, die verstehen, mit der Jugend umzugehen. Das ist durchaus nicht leicht, und gerade die Jugendlichen, die sich — sicherlich erst nach langem Gehen — bereitfinden werden, die Sprechstunde eines Jugendberaters zu besuchen, werden besonders schwierig sein. Gewöhnlich liegt doch der Fall so, daß sie sich einfach nicht zu Vater oder Mutter mit einem Geständnis wagen, weil sie überzeugt sind, bei ihnen kein Verständnis zu finden. Das natürliche Mißtrauen, mit dem der Jugendliche dem Fremden gegenübertritt, muß die Güte des Beraters überwinden. Ganz besuht man muß er vorgehen, wenn er Erfolg haben will, und sicher werden die Fälle, in denen er wirklich helfen kann, doch nur einen Bruchteil aller ausmachen. Es hängt aber von seiner Persönlichkeit ab, wie groß dieser Bruchteil wird!

Der Gedanke Dr. Sauer's konnte sich im wesentlichen erst in zwei Großstädten, Nürnberg und Berlin, durchsetzen. In der Reichshauptstadt entstanden immerhin zwei Beratungsstellen, die allerdings in vielen den Absichten des Anregers dieser segensreichen Einrichtung nicht entsprechen, aber trotzdem recht gute Ergebnisse hatten; in Nürnberg aber waren es 20 Berater und Beraterinnen, die sich ehrenamtlich zur Verfügung stellten und zu einer Arbeitsgemeinschaft zwecks weiteren Ausbaus der Jugendberatung vereinigten.

Es versteht sich von selbst, daß die Beratung in Fühlung mit schon bestehenden Organisationen wie Berufsamt, Jugendfürsorge, gesehen muß. Sie darf natürlich nur in der Wohnung des Beraters stattfinden, denn gerade die Jugendlichen zeigen eine auffallende Scheu, sich in öffentliche Räume zu begeben, wo sie gegebenenfalls von Gleichaltrigen gesehen oder angesprochen werden. Der Berater muß sich ihnen gegenüber ausdrücklich verpflichten, falls sie ihren Namen nennen wollen, diesen überall zu verschweigen — der Normalfall aber soll sein, daß der Jugendliche seinen Namen nicht nennt. Das sind einige aus der Praxis geschöpfte Erfahrungen, die für die Neueinrichtungen von vornherein gelten müssen. Im übrigen wird jeder Berater im Einzelfall selber empfinden, wie er sich einstellen muß; allgemeine Regeln gibt es da nicht. Selbstverständlich müssen gleichgeschlechtliche beraten; nur die Frau hat auch selber das durchgemacht, was nun das Mädchen ihr vorklagt, und nur der Mann erinnert sich noch der Streiche, die er selber gemacht hat und die nun bei dem jungen Mann, der vor ihm steht, einen Zug ins Tragische zu erhalten drohen. Mit Recht betont Dr. Sauer in den Schlussbemerkungen seines Büchleins, daß es sich um Dienst am Vaterland handelt. Die Aufgabe, die hier zu lösen ist und die er glaubt, durch eine große unparteiische Organisation über das ganze Reich lösen zu können, ist eine durchaus überparteiliche; sie wendet sich an alle Freunde der Menschheit, insbesondere unserer Jugend.

Kommunale Rundschau

Die Bautätigkeit in den deutschen Städten im Jahre 1923

R. In den vom Statistischen Reichsamt laufend beobachteten 86 Gemeinden mit mehr als 50 000 Einwohnern wurden im Jahre 1923 im ganzen 41 200 Wohnungen neu errichtet. Im Jahre 1922 war der Umfang der Bautätigkeit in den einzelnen Städten sehr verschieden. Während in Altona, Braunschweig, Hannover und Magdeburg weniger als 1 Wohnung auf je 1000 Einwohner erbaut wurde, sind in Erfeld, Duisburg, Gelsenkirchen, Hamborn und Köln mehr als 4 (in Hamborn 6,73) Wohnungen auf je 1000 Einwohner neu entstanden. Besonders groß war im allgemeinen die Bautätigkeit in den Städten des besetzten Gebietes, in denen sie, mit geringen Ausnahmen, gegenüber dem Vorjahr teilweise beträchtlich zugenommen hat.

Die gemeinnützige Bautätigkeit war auch im Jahre 1923 sehr bedeutend. In den Gemeinden mit mehr als 100 000 Einwohnern wurden von den 10 561 neuen Wohngebäuden 6901 oder 65,3 v. H., von den 31 567 neuen Wohnungen 18 669 oder 59,2 v. H. durch die gemeinnützige Bautätigkeit errichtet. Noch stärker war der Anteil der gemeinnützigen Bautätigkeit in den Gemeinden mit 50—100 000 Einwohnern. Hier wurden von 3595 Wohngebäuden 2911 oder 81,0 v. H. und von 9633 Wohnungen 6922 oder 71,9 v. H. durch die gemeinnützige Bautätigkeit geschaffen.

In 69 Gemeinden mit mehr als 50 000 Einwohnern, für die für die letzten 4 Jahre vergleichbare Angaben vorliegen, ist die Anzahl der in jedem Jahre neu errichteten Wohnungen von Jahr zu Jahr langsam, aber stetig gewachsen. Im Jahre 1920 wurden in diesen Gemeinden ungefähr 26 000 Wohnungen neu errichtet, im Jahre 1923 rund 34 000. Die Zunahme betrug gegenüber dem Vorjahr im Jahre 1921: 7,4 v. H., 1922 und 1923: rund 10 v. H. In den 4 Großstädten allein ging der Zugang an Wohnungen im Jahre 1923 gegenüber dem Vorjahr noch über 10 v. H. hinaus.

Etwas anders verlief die Entwicklung des Neuzugangs an Wohngebäuden. Während im Jahre 1921 der Zuwachs an Wohngebäuden in den von der Erhebung erfaßten 69 Gemeinden um 28 v. H. größer war als im Jahre 1920, wurden 1923 nur 8 v. H. mehr Wohngebäude errichtet als im Jahre 1921; im Jahre 1923 ging die Neubautätigkeit an Wohngebäuden nur noch um 2 v. H. über diejenige des Vorjahres hinaus. Vergleicht man die Zugangszahlen für Wohngebäude und für Wohnungen — in den Angaben für den Zugang an Wohnungen sind allerdings auch die in anderen als Wohngebäuden entstandenen Wohnungen enthalten — so zeigt sich, daß in

den Jahren 1922 und 1923 die neu entstandenen Gebäude wohnungreicher waren als in den entsprechenden Vorjahren. Der Wohnungsbaubau scheint demnach in den letzten Jahren einen Rückgang erfahren zu haben.

Hinsichtlich der Bautätigkeit in Wohngebäuden hat sich die Bautätigkeit in „anderen Gebäuden“ entwickelt. In keinem der letzten vier Jahre hat in den von der Erhebung erfaßten 69 Gemeinden die Zahl der neu entstandenen „anderen Gebäude“ (1920: 4749, 1921: 6380, 1922: 7011, 1923: 7118) den Ausgang an Wohngebäuden erreicht. Das Anwachsen der Bautätigkeit in anderen als Wohngebäuden war 1921 und 1922 gegenüber den Vorjahren etwas größer als die Vermehrung der Zahl neuer Wohngebäude, blieb aber von 1922 auf 1923 etwas zurück.

Die Bevölkerungsbewegung in den deutschen Großstädten im 1. Vierteljahr 1924

R. Die Zahlen der Geburten betrug für die Gesamtheit der 40 deutschen Großstädte mit 100 000 Einwohnern im ersten Vierteljahr 1924 nur 24 736 oder 5,9 gegenüber 30 454 oder 9,5 auf je 1000 Einwohner im entsprechenden Zeitraum des Vorjahres. Diese Verminderung gegenüber dem Vorjahre erstreckte sich auf alle 13 Wochen des 1. Vierteljahres 1924. Wenn auch nach der ungewöhnlich starken Geburtenhäufung in den ersten Nachkriegsjahren, durch die bereits bis Ende 1921 der Kriegsausfall an Geburten wieder ausgeglichen war, ein Absinken der Geburtenhäufigkeit zu erwarten stand, so scheint doch das starke Ausmaß dieses Rückganges auch noch auf andere Ursachen, vor allem auf die durch die Stabilisierung der deutschen Währung veränderten wirtschaftlichen und psychologischen Voraussetzungen zur Hausgründung und zur Aufzucht von Kindern zu sein.

Die Zahl der Lebendgeborenen hatte im 4. Vierteljahr 1923 mit 66 181 oder 13,6 je 1000 Einwohner ihr bisheriges Minimum erreicht. Wie gewöhnlich, hat sich auch im 1. Vierteljahr 1924 diese Zahl wieder erhöht, und zwar auf 68 931 oder 15,4 auf je 1000 Einwohner, jedoch blieb sie hiermit um 6700 bzw. 1,4 hinter der entsprechenden Zahl für das 1. Vierteljahr 1923 zurück. Der seit dem Jahre 1921 einsetzende starke Rückgang der großstädtischen Geburtenzahl hat sich damit weiter ausgedehnt.

Wie das 4. Vierteljahr 1923, so war auch das 1. Vierteljahr 1924 durch ein für diese Jahreszeit noch nicht verzeichnetes Minimum der großstädtischen Sterbeziffer ausgezeichnet. Die Zahl der Sterbefälle betrug im letzten Vierteljahr 56 308 gegenüber 63 178 im 1. Vierteljahr 1923 oder 13,6 bzw. 15,2 auf je 1000 Einwohner. Die Sterbeziffer für das 1. Vierteljahr 1924 war mit 13,6 sogar noch etwas niedriger als die für das meteorologisch sehr begünstigte 1. Vierteljahr 1921 mit 13,7. Bei Auscheidung der ortsfremden Gestorbenen war allerdings die Sterbeziffer für das 1. Vierteljahr 1924 mit 12,6 etwas niedriger als für das 1. Vierteljahr 1921 mit 12,8.

Obgleich der Winter 1924 durch eine lange, bis zur 9. Woche andauernde Kälteperiode in ganz Deutschland ausgezeichnet war, ist der winterrückige Anstieg der Sterbeziffer erst von der 8. Woche an eingetreten. Diese auffallende Erscheinung erklärt sich aus der lange andauernden, für die menschliche Gesundheit günstigen, trockenen Witterung bei großer Kälte. Selbst die Sterblichkeit an Lungenerkrankungen und den sonstigen Krankheiten der Atmungsorgane verminderte während der ganzen Dauer der Kälteperiode im Winter 1923/24 auf einem ungewöhnlichen Tiefstand und fing erst an zu steigen, als die Frühjahrsstürme unbeständige Witterung mit sich brachten.

An der Verminderung der Sterbefälle im 1. Vierteljahr 1924 gegenüber dem 1. Vierteljahr 1923 nahmen alle Altersklassen mit Ausnahme der Personen über 60 Jahre teil. Am größten war die Abnahme im Alter von 0 bis 1 Jahr infolge des durch den Geburtenrückgang bedingten verminderten Bestandes dieser Altersklasse; denn nahezu die Hälfte des Unterschiedes zwischen den Gesamtzahlen der Sterbefälle in beiden Vergleichsperioden — 6780 — machte die Abnahme der Zahl der Sterbefälle im 1. Lebensjahr — 2966 — aus. Außer dieser Altersklasse zeichneten sich noch die Altersklassen von über 20 bis 40 Jahren durch eine stärkere Abnahme der Zahl der Sterbefälle aus. Diese Erscheinung kann in der Hauptsache auf den intensiven Rückgang der Sterbefälle an Tuberkulose zurückgeführt werden; denn die großstädtische Tuberkulose-Sterbeziffer erreichte mit 1,62 auf eintausend Einwohner ein bisher für das Wintervierteljahr noch nicht beobachtetes Minimum.

Was ein Schulkino einbringt

Ohne städtische Zuschüsse in Anspruch zu nehmen, allein auf Beihilfen von Freunden gestützt, gründete vor wenigen Jahren ein Berliner Gemeindeführer ein Schulkino, zuerst mit einfachen Hilfsmitteln. Gelobt von dem Ruf der schönen Vorstellungen, die man veranstaltete, erweiterte sich bald der Kreis der Besucher über die Jüglinge der eigenen Schule hinaus. Mit Hilfe einiger größerer Spenden kam das Unternehmen schließlich in die Lage, einen besseren Apparat anzuschaffen und die Ausstattung der Aula, in der die Vorstellungen stattfinden, zu verbessern. Das Eintrittsgeld der Kinder, das gleichmäßig 5 Goldpfennige betrug, überstieg allmählich die Selbstkosten, zumal die Mitarbeiter an diesem Bildungsverdienst ehrenamtlich tätig waren. Eine Klasse erhielt nach Abschaffung der Lesebücher, Jugendbücher, für die sie keinen Fennig zu bezahlen hatte. Heute denkt man bereits daran, die ganze Schule damit zu versorgen. Die Kosten einer fünfjährigen Schülerwanderung wurden zum großen Teil aus der „Kino-Kasse“ gedeckt, arme Schüler völlig frei mitgenommen. Alle Chemikalien, die Ausbesserung an physikalischen Apparaten, neues Kartenmaterial und Ausbesserungsarbeiten trug ebenfalls die neuerrichtete Kasse. Materialien für den Werkunterricht kosteten die Schule keinen Fennig mehr. Jetzt wird auch angestrebt, in den Sommerferien Kinder, deren gesundheitlicher Zustand es wünschenswert erscheinen läßt, auf Kosten der „Kino-Kasse“ zu versenden. So dient diese „Kino-Kasse“ der Unterhaltung, die von manchen Gegnern als unpädagogisch und unnötig verächtlich war, auch den Bedürfnissen der Volksgesundheit. Daß die Eltern ebenfalls Gelegenheit haben, sich an guten Filmen zu erfreuen, sei nur nebenbei erwähnt. Das Schulkino dient natürlich der Belehrung ebenso wie der Unterhaltung. Es bewährt sich als ausgezeichnetes Anschauungsmittel.

Verbesserung der Verkehrsverbindungen zwischen den unteren Gerdgemeinden und der Landeshauptstadt. Bekanntlich sind schon seit mehr als 30 Jahren Bestrebungen im Gange, die Gerdgemeinden Nuffheim und Liedolsheim im Amtsbereich Karlsruhe an das Eisenbahnnetz anzuschließen. Leider ist das Projekt, das auch im Jahre 1919 wieder aufgegriffen wurde, und für das im Staatsvoranschlag damals als erste Teilerhebung 900 000 Mark eingestellt waren, infolge Übergangs der badischen Staatsbahnen an das Reich nicht zur Ausführung gekommen. Andererseits stellen sie von jeher einen nennenswerten Teil der Arbeitskraft in den Karlsruher Fabriken, während die landwirtschaftliche Bevölkerung ihre Erzeugnisse (Gemüse, Kartoffeln, Spargeln) der

schlechten Verkehrsverbindungen wegen vielfach nicht in Karlsruhe, sondern in den nähergelegenen Orten, besonders in Gerdheim, abzusetzen pflegt, wofür sie auch ihre geschäftlichen Einfäufe macht. Die Besetzung der Pfalz hat hierin eine einschneidende Änderung gebracht. Der Absatz dieser landwirtschaftlichen Produkte stößt; sie gehen jedesfalls der Landeshauptstadt nach wie vor verloren. Geringere führen beide Gemeinden täglich je 2000 Liter Milch der Stadt Karlsruhe zu, die teils mit Fuhrwerk, teils durch Umladen auf die Bahn in Graben oder Hochstetten befördert werden. Dieser Transport ist umständlich und zeitraubend. Mit Rücksicht auf diese mangelhaften Verhältnisse hat man in Nuffheim und Liedolsheim das dringende Bedürfnis der Einrichtung einer Kraftwagenverbindung von da über Hochstetten—Eggenstein nach Karlsruhe, solange nicht das längst als dringlich anerkannte Bahnprojekt verwirklicht ist. Dieser Tage fanden in Nuffheim Verhandlungen zwischen den Vertretern der in Betracht kommenden Gemeinden und der hiesigen Kraftwagenverkehrs-Gesellschaft mit Unterstützung des Verkehrsvereins Karlsruhe statt. Es ergab sich, daß in Nuffheim, Liedolsheim und Hochstetten große Reigung besteht, eine solche Verkehrsverbindung, die sich der Personen- und Güterbeförderung widmen soll, einzurichten und daß ihre Ertüchtigung möglichst gefördert werden soll, wenn Staat und Kreis Kostenzuschüsse leisten. Zunächst sollen noch nähere Berechnungen über den täglichen Verkehr angestellt und dann abermalige Verhandlungen mit der Kraftverkehrs-Gesellschaft, die sich in der Sache sehr entgegenkommend gezeigt hat, gepflogen werden. Seitens des Verkehrsvereins Karlsruhe ist dabei angeordnet worden, die Kraftwagenverbindung bis an den Rhein — etwa an die Fähre bei Sondernheim oder Rheinsheim — fortzusetzen, so daß auch den benachbarten Gemeinden der Pfalz, die jetzt mit Recht über äußerst schlechte Bahnverbindungen mit der badischen Landeshauptstadt klagen, Gelegenheit geboten wäre, rascher und bequemer als bisher Karlsruhe zu erreichen. Gerade mit der Pfalz hat Karlsruhe von jeher lebhaft geschäftliche Verbindungen unterhalten, die infolge der Besetzung der linken Rheinseite leider stark abgenommen sind. Es wäre im Interesse aller Beteiligten zu wünschen, daß die Bemühungen der Gerdgemeinden und des Verkehrsvereins Karlsruhe um Verbesserung der Verkehrsverhältnisse mit der unteren Gerd bald von Erfolg begleitet sein möchten.

Aus der Landeshauptstadt

Päpstliche Auszeichnung. Papst Pius XI. hat der Frau Marie Matheis, Witwe des verstorbenen Rechtsanwalts Dr. Matheis in Karlsruhe, Mitglied des Stadtratskollegiums hier, in Anerkennung ihrer langjährigen, opfervollen und erfolgreichen Wirksamkeit auf dem Gebiete der christlichen Caritas, insbesondere in der Fürsorge für die gefährdeten Mädchen und Frauen des Ehrenkreuz pro Ecclesia et Pontifice verliehen.

Die „Bayerische Landesbühne“, die bei ihrem hiesigen einmaligen Gastspiel am Donnerstag, den 12. Juni das Volksstück „Magdalena“ von Ludwig Thoma zur Erstaufführung bringt, hat kürzlich auch in Mannheim nach übereinstimmendem Urteil der führenden Kritik mit außergewöhnlichem Erfolge gastiert, so daß ihrem Erscheinen bei uns mit größtem Interesse entgegengekehrt werden darf. Die Titelrolle der „Magdalena“ spielt Irene Köhler. Die übrigen Rollen werden von den Damen Ebenhoch und Hofmann, wie von den Herren Dietl, Rib, Jacob, Schmid-Wildy (der das Werk auf inszenierte) und Botzaff dargestellt. Die Vorstellung beginnt um halb acht Uhr.

Landestheater. Die am Samstag, den 14. d. M. abends 8½ Uhr angelegte Aufführung der „Meisterling von Nürnberg“ wird unter der musikalischen Leitung des Herrn Generalmusikdirektor Ferdinand Wagner vom Stadttheater in Nürnberg stehen. Herr Wagner zählt zu den jüngeren Dirigenten, die durch ihre rasche Kaufbahn die öffentliche Aufmerksamkeit auf sich gezogen haben. Er kam früher, der nach wenigen Monaten seiner Tätigkeit am Stadttheater in Nürnberg zum Generalmusikdirektor ernannt wurde, ist auch von der Leitung der Wiener Staatsoper zu einem Dirigier-Gastspiel in „Tristan und Isolde“ in den nächsten Tagen eingeladen. Die Aufführung ist auch bestimmt, Herrn Kammerfänger Würtner Gelegenheit zu geben, zum letzten Mal in dieser Spielzeit als Hans Sachs aufzutreten.

Ein Leben in Schönheit betitelt der Schriftsteller Ernst Köhler-Saunders aus Dresden seinen Lichtbildvortrag, den er Freitag den 13. Juni abends 8 Uhr im Karlsruher Eintrachtsaal abhalten möchte. Über 100 Naturaufnahmen vorbildlich schöner Menschen, zum Teil in natürlichen Farben (Monochrome) wird der Redner im Lichtbild vorführen. Ans vorliegende Presseberichte sprechen von ausverkauften Sälen, begeisterten Aufnahmen, besonders bei der Jugend. Die Konzertdirektion Kurt Reußel hat den Vorverkauf übernommen. Wie früher so findet auch dieses Jahr wieder die „Offenburger Pferde-Lotterie“ zur Gebung der Pferde- und Viehzucht statt. Der Reinertrag der Lotterie wird zur Krämierung von Pferden und Vieh auf dem Offenburger Markt verwendet. Es kommen nur Geldgewinne zur Verlosung und zwar 1208 Gewinne und 1 Prämie im Betrage von Mark 12 000.—, obgleich nur 50 000 Lose ausgegeben werden. Der Lospreis beträgt Mark 1.—, mit dem man Mark 6000.— gewinnen kann. Die Ziehung findet nach dem Offenburger Markt am 11. Juli statt. Lose zu Mark 1.— sind bei dem Lotterie-Unternehmer J. Stürmer, Mannheim, D 7, 11 und allen Losverkaufsstellen zu haben. Aus den Inseraten ist das Nähere zu erfahren.

Kurze Nachrichten aus Baden

Der Badische Städteverband steht in einer Mitteilung an die Presse nochmals die Gründe auseinander, die gegen die Befreiung der landwirtschaftlichen Grundstücke von der Gebäudesteuer sprechen. Eine solche ungewohnte Bevorzugung eines Teiles der Bevölkerung würde vom Standpunkt der Städte aus nicht verstanden werden.

Der deutsche Saatensand. Über den deutschen Saatensand Anfang Juni wird berichtet, daß das Wachstum der Pflanzen durch den warmen Mai mit seinen reichen Niederschlägen günstig beeinflusst war. Hagel und schwere Regengüsse haben jedoch im letzten Drittel des Monats stellenweise großen Schaden angerichtet. Bei den Winterkornfrüchten dürfte mit einer mittleren Ernte zu rechnen sein. Sommergetreide ist infolge der späten Aussaat dieses Jahr noch nicht ausgegangen. Für Getreide läßt sich ein fideses Urteil noch nicht fällen.

Mannheim, 10. Juni. Auf dem ehemaligen Luftschiffhafen in Sandhofen-Schachof veranstaltete laut „Neue Bad. Landeszeitung“ der Verein für Pferdegut Mannheim-Sandhofen-Schachof seine diesjährigen Frühjahrsrennen mit recht gutem Erfolge und bei zahlreichem Besuch. Inzwischen kamen 9 Prüfungen zur Entscheidung, die durchweg guten Sport boten, leider aber nicht ohne Zwischenfälle verliefen. Die äußerst feiner Kurven der kleinen Rennbahn forderte die Opfer, die Stürze verliefen aber immerhin noch recht glimpflich, so daß Reiter und Pferd keinen Schaden davontrugen.

DZ. Mannheim, 10. Juni. Der Stenographenverein „Gabelberger“ Mannheim beging über die Pfingstfeiertage das Fest seines goldenen Jubiläums. Ein Begrüßungsabend am Samstag, auf dem die Vertreter der Vereine Kaiserlautern, Worms, Frankfurt, Speyer, Gröbe ebenso wie die badischen Nachbarvereine aus Heidelberg, Karlsruhe und Baden-Baden überbrachten, leitete das Fest ein. Am Sonntag fand im Ruffensaal eine öffentliche Versammlung statt. Es waren erschienen Vertreter der Stadt, der Handwerks- und Handelskammer, des hiesigen und sächsischen Stenographischen Amtes und zahlreiche Kunstgenossen. Den Festvortrag hielt Schriftsteller Dr. Eugen Gantter, der 76jährige Rektor des Mannheimer Vereins. Vor dem Festakt war ein Wettschreiben von statten gegangen, an dem sich über 400 Personen beider Geschlechter beteiligten. Mit der Jubelfeier war eine Vertreterversammlung des badischen Verbandes und die Versammlung des Vereins Stenographischer Lehrer Badens verbunden.

DZ. Heidelberg, 10. Juni. Der Handlungsbevollmächtigte Ernst Krenkel von der Firma Gebr. Neuling in Mannheim, der mit seiner Ehefrau in einem selbstgekauften Jachtboot von Heidelberg aus den Neckar abwärts ruderte, ist an der Kanalbrücke bei Wieblingen auf einen Pfeiler gestürzt worden. Beide Gatten sind hierbei ertrunken. Sie waren noch vor Befahren der Stelle wegen der dort besonders starken Strömung gewarnt worden, hatten sich aber doch hineingewagt, obwohl sie des Schwimmens unkundig waren. Ein Pflögelndes Ehepaar und mehrere andere Personen sahen dem Unglück zu, konnten aber keine Hilfe bringen. Die Leichen sind bis heute morgen dem Vernehmen nach noch nicht geborgen worden.

DZ. Heidelberg, 11. Juni. Die Schloßbeleuchtung am Pfingstsonntag brachte unsere Stadt einen nie gesehenen Massenbesuch. Allein die Reichsbahn hatte etwa 50 000 Personen zu befördern. Es waren 10 Sonderzüge eingelegt worden.

DZ. Weinheim, 11. Juni. Der 23 Jahre alte Wirtsohn Arthur Schäfer aus Frankfurt a. M. stürzte auf einer Pfingsttour vom Wachenberg ab und zog sich einen Schädelbruch zu, der den baldigen Tod zur Folge hatte.

DZ. Durlach, 11. Juni. Die Wasserkraft der Pfalz soll für das städtische Wasserwerk nutzbar gemacht werden. Die Stadtgemeinde hat bereits die Vorbereitungen zur Errichtung einer Anlage bei der Obermühle getroffen, die im Eigentumsbereich der Stadt liegt.

DZ. Karlsruhe, 11. Juni. Gelegentlich des süddeutschen Vertretertages der Deutschen Volkspartei in Karlsruhe wird am kommenden Sonntag, den 15. Juni, vormittags 11 Uhr Reichsaussenminister Dr. Stresemann im hiesigen Konzerthaus über die politische Lage sprechen.

DZ. Pflittersdorf (Amt Nastatt), 11. Juni. Fabrikant Philipp Trunk in Pforzheim wurde von seiner Heimatsgemeinde Pflittersdorf, die ihm manche Wohlthat zu verdanken hat, zum Ehrenbürger ernannt.

Baden-Baden, 11. Juni. Im Rahmen einer anlässlich des 60. Geburtstages des Meisters veranstalteten „Richard Strauß-Woche“ wird das Städtische Orchester am 16. Juni mit einem großen Konzertsert sein 50jähriges Bestehen feiern.

Deidesheim, 10. Juni. Am heutigen Pfingstdienstag wiederholt sich hier unter den althergebrachten historischen Feiern die bereits seit 5 Jahrhunderten alljährlich wiederkehrende öffentliche Versteigerung des Lambrecht'ser Geißbodes. Der Hauptakt findet nachmittags zwischen 5 und 6 Uhr vor dem Stadthaus statt.

DZ. Dornheim, 10. Juni. Vor einigen Tagen fiel das 1½ Jahr alte Schöndchen der Witwe Lina Kunz in einem unbewachten Augenblick in eine Dungsgrube und ertrank. Alle Wiederbelebungsversuche durch den Arzt blieben erfolglos. — Im Rhodter Hinterwald bei Elmstein wollte ein Fuhrmann aus Rhodt unter der Rietburg Stammholz wegfahren. Am Platz angelangt, zerlegte er den Wagen und zog den Hinterrahmen rückwärts. Der Wagen kippte nach vorn und schlug dem Pferde die Scherlange auf die Hinterbeine. Das Tier setzte in mächtigen Sprüngen den Abhang hinunter und blieb dortselbst mit zerquetschten Beinen liegen.

DZ. Konstanz, 12. Juni. In die Pfingsttage fiel auch die Vollendung des Hochchores des hiesigen Münsters. Neben wesentlichen dekorativen Verbesserungen und Ergänzungen des Aufzuges und der Gloriette über dem großen Stufenchor Altargemälde, sind nun die in den Nischen rechts und links stehenden, überlebensgroßen Figuren St. Konrad und Beatus, etwas in Farben gefärbt und verguldet. Auf den Gesimsen über den Nischen sitzen muntere Engelchen, welche die Namensschilde derselben halten. Das ganze bildet einen prächtigen Abschluß des Chores und einen wirkungsvollen Hintergrund für die heiligen Handlungen am Altare.

DZ. Konstanz, 12. April. Wie alljährlich fand auch in diesem Jahr in Konstanz die Zusammenkunft für christliche Politik statt. Zunächst war in St. Johann der Begrüßungsabend. Es hatten sich zahlreiche katholische Politiker aus allen Badenvereinstäten eingefunden. Gestern begannen, nachdem um 8 Uhr in Münster eine feierliche Messe gelesen wurde, die Beratungen. Als Präsident der Tagung fungierte Landtagspräsident Dr. Baumgartner. In seiner Begrüßungsrede konnte er eine stattliche Zahl von Gästen begrüßen, darunter Reichslandtagspräsident Dr. Wirth, Staatspräsident Dr. Köhler, Abg. Dr. Schofer, Reichstagsabg. André, Minister Volz aus Stuttgart, Staatssekretär a. D. Dr. Brügel, Merzheim, Landeshauptmann Dr. Ender-Bregenz, Stadtrat Dettenschwiler-Luzern, Bezirkspräsident Hof-München, Dr. Michelberger-Bregenz, der Führer der rheinischen Zentrumspartei Justizrat König-Rödin, Landesstadthalter Dr. Kemmer-Bregenz, Dr. Metzger-Freiburg, Studienrat Dr. Schermann-Friedlingen und Präsident Wittemann-Karlsruhe. Am geschäftlichen Teil wurde beschlossen, die Badenkonferenz zu einer ständigen Einrichtung zu machen, und zwar mit ständigen Mitgliedern. Es wurde auch ein jährlicher Mitgliedsbeitrag festgesetzt. Der Vorsitzende hob besonders die Notwendigkeit solcher Konferenzen für die katholischen Politiker in der gegenwärtigen Zeit hervor. Das Hauptreferat hielt Prof. Dr. Pfeiffer-Wetzlar. Er sprach über: „Die Staatspolitik Wißkofs Ketteler und unsere Zeit“ und arbeitete zu seinem Vortrag ganz besonders die prinzipiellen Forderungen heraus, welcher Bischof Ketteler in seinen Schriften und in seinem praktischen Wirken sowohl für die allgemeine Staatsgrundlagen als auch für die innere und äußere Politik aufstellte. In das Referat schloß sich eine sehr eingehende Aussprache an, an der sich die Vertreter der verschiedenen Länder beteiligten.

DZ. Von der Schweizer Grenze. Das Unwetter, welches in den Pfingstfeiertagen auch im Oberbadischen an den Kulturen nicht unbedeutlichen Schaden angerichtet hat, wütete besonders stark auch in der Basler Gegend. Im Diegertal und im Waldenburger Tal schwellen die Wasserläufe zu besorgniserregender Stärke an und richten an Straßenbauten, an den Kulturen, Häusern usw. großen Schaden an. Das vier Stunden lang andauernde Unwetter setzte ganze Dorfsteile vollkommen unter Wasser, es mehrere Brücken fort und ver-schlammte die Eisenbahnanlagen, sodaß auch der Bahnbetrieb am ersten Feiertag nicht unbedeutliche Störungen erlitt. Im hinteren Juffertal wurde im Orte Weindil ein Ardiestell, das die Duffelkorrektur leitete, von den Fluten fortgerissen. Seine Leiche konnte noch nicht geborgen werden.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen in Millionen Mark

| | 12. Juni | | 11. Juni | |
|-------------------|------------|---------------------------|------------|---------------------------|
| | Geld | Brief | Geld | Brief |
| Amsterdam | 1566 100 | 1573 900 ¹⁰⁰ | 1566 100 | 1573 900 ¹⁰⁰ |
| Kopenhagen | 705 700 | 709 200 ¹⁰⁰ | 705 700 | 709 200 ¹⁰⁰ |
| London | 181 750 | 182 750 ¹⁰⁰ | 181 750 | 182 750 ¹⁰⁰ |
| Paris | 18 055 000 | 18 145 000 ¹⁰⁰ | 18 155 000 | 18 245 000 ¹⁰⁰ |
| Brüssel | 4 190 000 | 4 210 500 ¹⁰⁰ | 4 190 000 | 4 210 500 ¹⁰⁰ |
| Wien | 221 400 | 222 600 ¹⁰⁰ | 219 500 | 219 500 ¹⁰⁰ |
| Schweiz | 735 200 | 739 300 ¹⁰⁰ | 735 700 | 739 300 ¹⁰⁰ |
| Prag | 122 450 | 123 005 ¹⁰⁰ | 122 200 | 122 800 ¹⁰⁰ |
| Wien (100 Kronen) | 58 900 | 59 100 ¹⁰⁰ | 58 900 | 59 100 ¹⁰⁰ |

Die kleine Ziffer bedeutet die Zuteilung in Prozent

Mitgang der Zuckerpresse. Wie uns das Mannheimer Städtische Nachrichtenamt mitteilt, sind nun auch die Zuckerpresse in rückläufiger Bewegung begriffen. Nach den Feststellungen des Preisprüfungsamts kostete Ende November v. J. 1 Pfund Zucker (gestoßener) 65 Pfg. Am 3. Dezember stellte sich der sogenannte häufigste Preis auf 73 Pfg., am 10. Dezember auf 65 Pfg., am 22. Dezember auf 50 Pfg., am 4. Februar d. J. auf 48 Pfg. Zum März war eine Erhöhung auf 50 Pfg. eingetreten. Nachdem nun in den letzten Tagen sowohl bei den Fabriken wie beim Großhandel Zucker billiger zu bekommen war, wurden auch im Mannheimer Einzelhandel die Verbraucherpreise wiederum ermäßigt. Der häufigste Preis beträgt jetzt für 1 Pfund gestoßenen Zuckers 46 Pfg., für Würfelzucker 48 Pfg., und für Kristallzucker 44 Pfg.

Verein Kreditreform. Der Jahresbericht des Verbandes der Vereine Kreditreform über das 43. Geschäftsjahr ist jetzt erschienen. Der Bericht bringt zeitgemäße Aufsätze über Konjunktur und Wirtschaft, über Goldbilanz und Kredit, über die Notwendigkeit festfundierter Auskunftsorganisationen. Sehr beachtenswert sind auch die Ausführungen über die Vereins- und Verbandstätigkeit, die einen interessanten Einblick in die wirtschaftliche Lage und das praktische Wirken der Kreditreformvereine gewähren, deren Inrentbehrlichkeit sich seit der Marktstabilisierung und der Neubelebung des Kreditverkehrs wieder mit aller Deutlichkeit gezeigt hat. Der Bericht gibt der Anschauung Ausdruck, daß auch die jetzige schwere Krise, die wohl als Gesundungskrisis anzusehen sein dürfte, überstanden werden wird, wenn die Geschäftswelt mit genügendem Verständnis Gebrauch macht von den Schutzmöglichkeiten, welche die Kreditreformorganisation mit ihren etwa 1000 Stellen im In- und Auslande bietet.

Die Darmstädter und Nationalbank veröffentlicht im Anzeigenteil der vorliegenden Nummer den Bericht über das Geschäftsjahr 1923, worauf besonders hingewiesen sei.

Literarische Neuerscheinungen

Dr. Max Domburger: Die Bedeutung und Durchführung der Goldbilanzverordnung. Verlag J. Neumann, Neudamm, Berlin, Leipzig, 1,50 Mark. — Der bekannte Karlsruher Rechtsanwalt gibt in diesem, in einem seiner Spezialgebiete, eine systematische Einführung nach im Verband südwestdeutscher Industrieller und der der Karlsruher Handelskammer gehaltenen Vorträgen. Die Schrift zeigt den Inhalt, die Anwendung und die Wirkung der Verordnung vom 28. Dezember 1923 und bespricht und erläutert auch die neuerdings erlassenen Durchführungsbestimmungen. Der Kaufmann erhält dadurch einen Gesamteindruck über die Aufgaben, die ihm nun gestellt sind, wie auch die Aktionäre und die Organe der Erwerbsgesellschaften über die Folgen der Verordnung eingehend unterrichtet werden. Die Schrift ist sehr übersichtlich angelegt und bringt neben einer sachkundigen Kritik der Verordnung Aufklärung über alle mit ihr zusammenhängenden Fragen, wie den Schutz der Kleinaktionäre, die Goldmark-Fremdbilanzen, das Wesen der Umstellung, Betriebsvermögen, Reingewinn usw.

Staatsanzeiger

Verkehr mit Kraftfahrzeugen, hier Gebühren für polizeiliche Maßnahmen im Kraftfahrzeugverkehr

An die Bezirksamter

Es wird auf die im Reichsministerialblatt vom 30. Mai 1924 S. 191 erschienene Bekanntmachung des Reichsverkehrsministers vom 26. Mai 1924, Gebührenordnung für behördliche Maßnahmen im Kraftfahrzeugverkehr, durch die die bisherigen Gebühren wesentlich erhöht sind, besonders hingewiesen.

Karlsruhe, den 10. Juni 1924

Der Minister des Innern

H. A.: Dr. A. Jung

Personeller Teil

Ernennungen, Versetzungen, Zurücksetzungen usw. der planmäßigen Beamten

Aus dem Bereich des Ministeriums des Innern

In den Ruhestand versetzt:

Polizeiobwachmeister Johann Barth in Pforzheim.

Zustizministerium

Ernannt:

Gerichtsverwalter Alfred Kankus beim Amtsgericht Karlsruhe zum Gerichtsoberverwalter, Justizobersekretär Adrian

Beider bei der Direktion der Staatsanwaltschaft in Weiskal zum Justizinspektor; die Kanzleioffizienten Joseph Kreuz beim Notariat Redarbischofsheim, Georg Woch beim Amtsgericht Karlsruhe, Karl Sohn beim Landgericht Rosbach, Wilhelm Stoll beim Amtsgericht Heidelberg und Hans Walter beim Amtsgericht Wertheim zu Kanzleisekretären, Kanzlistin Elisabeth Seifert beim Notariat Sinsheim zur Kanzleioffizientin.

Berufset:

Die Kanzleisekretäre Christian Maag beim Landgericht Offenburg zum Notariat daselbst und Wilhelm Tafel beim Notariat Mannheim zum Amtsgericht daselbst; die Kanzleioffizienten Richard Schall genannt Büsch und Heinrich Hummel, beide beim Amtsgericht Heidelberg, zum Amtsgericht Mannheim, Josef Knell beim Landgericht Badstut zum Landgericht Karlsruhe, Friedrich Schöneberg bei der Staatsanwaltschaft Offenburg zum Landgericht daselbst und Wilhelm Walski beim Landgericht Offenburg zur Staatsanwaltschaft daselbst.

Zurückgesetzt auf Ansuchen:

Gausmeister Otto Reith beim Amtsgericht Heidelberg.

Ministerium des Kultus und Unterrichts

Ernannt:

Preischulrat Gustav Bollmer in Lörrach zum Direktor der Comenius-Schule in Karlsruhe, Professor Anton Brommer an der Realschule in Bühl zum Direktor daselbst, Finanzobersekretär Max Kaiser bei der Zentralstaatsfondsverwaltung Karlsruhe zum Finanzinspektor daselbst.

Berufset:

Direktor Josef Hentes am Lehrerseminar in Heidelberg in gleicher Eigenschaft an das Lehrerseminar in Freiburg. Kreis Schulrat Adolf Solt in Pforzheim in gleicher Eigenschaft nach Lörrach.

Arbeitsministerium

Ernannt:

Bezirksbaukontrolleur Karl Schilling beim Bezirksamt Säckingen zum Bezirksbauoberkontrolleur.

Berufset:

Oberregierungsrat Otto Schöb beim Arbeitsministerium zum Bezirksamt Karlsruhe.

Ministerium der Finanzen

Domänenabteilung

Ernannt:

Der Finanzobersekretär Karl Natamul beim Domänenamt Offenburg zum Finanzinspektor.

In den einstweiligen Ruhestand versetzt:

Finanzoberinspektor Ludwig Reuther bei der Domänenabteilung des Finanzministeriums.

Badische Lichtspiele — Konzerthaus

Letzte Vorstellungen vor der Sommerpause

Samstag, den 14. und Sonntag, den 15. Juni

jeweils 4 Uhr nachmittags und 8 Uhr abends

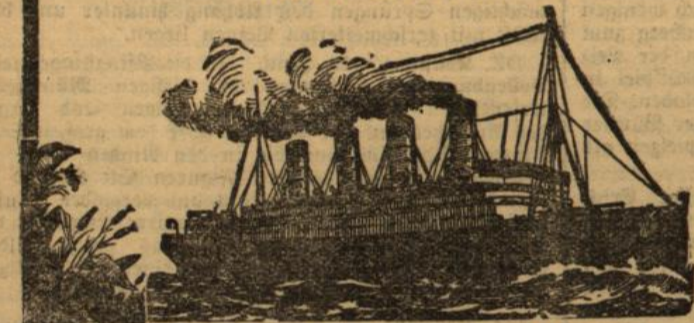
Vortrag

des Herrn Kapitän Herbert, Hamburg

Mit dem

Auswandererschiff

nach Südamerika



Vorverkauf: Musikhaus Müller, Kaiserstraße, und Papierhandlung

Eiseler, Werderplatz

Preise: Mark 0,80, 1,20, 1,50. Studierende, Schüler, Arbeitslose zahlen gegen Ausweis halbe Preise

Wiederbeginn im September

Freitag, 13. Juni, 8 Uhr, Eintracht

Lichtbilder-Vortrag

von Ernst Köhler-Haussen, Dresden,

über

Ein Leben in Schönheit

Über 100 Natur-Aufnahmen vorbildlich schöner Menschen, zum Teil in natürlichen Farben. Der Vortrag fand begeisterte Aufnahme und ausverkaufte Häuser u. a. in Dresden, Königsberg, Danzig, Braunschweig, Magdeburg, Stettin, Cassel, Darmstadt. Eine Braunschweiger Zeitung schreibt: „Die Naturaufnahmen nackter Menschen zeigten herrlich geformte, zur vollendeten Schönheit ausgebildete Körper in der natürlichen Umgebung in Wiese, Wald, Gebirge und am Meeresgestade“

Karten zu M. 1.—, 1,50, 2.— und 3.— bei

Kurt Neufeldt, Waldstr. 39

Für türkische Staatsangehörige.

Die türkischen Staatsangehörigen der Jahrgänge 1297—1317 (d. h. 1881—1901), jeweils einschließlich, werden hierdurch aufgefordert, sich innerhalb einer Frist von 6 Monaten ab heute an das mit der Wahrnehmung der türkischen Interessen betraute Schweizerische Konsulat in Mannheim, Werderstr. 17, zu wenden und sich dort nach ihren Militärflichtigkeiten zu erkundigen.

Wer gegenwärtige Anzeige liest und einen jungen türkischen Staatsangehörigen kennt, wolle solchen auf dieselbe gefl. aufmerksam machen. D.391

Kinderheim

in freier Lage außerhalb der Stadt nimmt Säuglinge und Kinder bis zu 5 Jahren auf. Tagespreis 2—4 Mark. D.393

Villa Sonnenhalde Überlingen.

Wichtig für Behörden, Geschäftswelt und Rechtsanwälte

Die Geschäftsaufsichtsverordnung

(Bekanntmachung des Bundesrats über die Geschäftsaufsicht zur Anwendung des Konkurses vom 14. Dez. 1916 in der Fassung der Verordnung vom 8. Feb. 1924) wird sofort nach Veröffentlichung der zur Zeit dem Reichstag vorliegenden Änderungsnotelle im Reichsgesetzblatt von Rechnungsrat Garck im Justizministerium in Karlsruhe auf den neuesten Stand gebracht werden. Die durch die neue Gesetzesnotelle eingefügten Bestimmungen werden durch Speerdruck besonders hervorgehoben.

Das Erscheinen dieser Textausgabe ist in Kürze zu erwarten.

Bestellungen vor Erscheinen werden zu Vorzugspreisen erledigt.

Verlag G. Braun & Co., Karlsruhe, Karlsruhstr. 14

Druck G. Braun, Karlsruhe.

Errenstoffe Errentuchhaus Errenstraße 22

Detektiv Institut
u. Privat-
Auskunftel
„Mannheim“
O. 6. 6.
Planken 8. 47
Fernspr. 3303
A. Maier & Co., G. m. b. H.

Sortimentsstellen.

Die fürstlich Fürstentbergische Verwaltung sucht zum alsbaldigen Eintritte einen unbeschäftigten Sortimentsstellen für Forteinrichtung und Ausfallsdienst. Gehaltsverhältnisse nach Vereinbarung. Bewerbungen wollen unter Angabe der persönlichen Verhältnisse mit Zeugnissen belegt bis Mittwoch, den 25. Juni d. J. bei fürstlicher Kammer in Donaueschingen eingereicht werden. D.392

Darmstädter und Nationalbank

Kommanditgesellschaft auf Aktien

Mit dem Ende des Jahres 1923 ist für die deutsche Wirtschaft eine verhängnisvolle Epoche zum Abschluß gekommen, deren Einzelergebnisse zu betrachten und richtig zu würdigen dem Wirtschaftshistoriker einer späteren Zeit vorbehalten bleiben muß. Wir besitzen heute noch nicht die erforderliche Objektivität und Ruhe, um im Rahmen eines kurzen Rück- und Ausblickes den bedeutsamen wirtschaftlichen Umwertungsprozeß kritisch zu würdigen, dem wir gerade im Berichtsjahr in seiner ganzen Schwere und Gewalt unterworfen waren. In hartem Ringen hat die Wirtschaft im Jahre 1923 ihre ganzen Kräfte einsetzen müssen, um der Gefahr zu entgehen, das Schicksal der endgültig vernichteten Währung zu teilen. Die Anwendung methodischer Maßnahmen in der Finanz- und Währungspolitik führte schließlich den langsamen Beginn des Gesundungsprozesses herbei. Seine klare und zielbewusste Fortsetzung, ungeachtet aller notwendigen krisenhaften Folgen, ist die große Aufgabe des neuen Jahres. Der deutschen Bankwelt sind damit die Richtlinien ihrer Politik für die Zukunft vorgeschrieben.

Die Ziffern unserer Bilanz und des Gewinn- und Verlustkontos sind wie die aller deutschen Aktiengesellschaften jeder ernstesten Kritik entzogen, und es erübrigt sich, sie im einzelnen zu behandeln.

Wir haben die vorjährige Maßnahme wiederholt, unsere Aktivkonten „Wertpapiere, Konsortial- und dauernde Beteiligungen, Grundstücke und Gebäude“ mit je M. 1.— aufzunehmen.

Die Tätigkeit im Konsortial- und Effektengeschäft im Berichtsjahr war außerordentlich lebhaft. Wir waren insgesamt an 515 Konsortialgeschäften, teils führend, teils mitwirkend, beteiligt.

Den sich bei Addition des Gewinn- und Verlustkontos ergebenden Saldo von M. 11.380.954.— haben wir auf der Passivseite unserer Bilanz unter dem Posten „Sonstige Passiven“ als Ausgleichsposten aufgeführt.

Die Steigerung unserer Handlungskosten hängt mit der fast unerträglichen Mehrarbeit zusammen, die uns infolge der inflationistischen Entwicklung auferlegt wurde. Wir sehen es, besonders im neuen Geschäftsjahre, als eine unserer Hauptaufgaben an, durch Abbau überflüssig gewordener Ausläufer unserer Organisation und durch eine den jetzigen Verhältnissen entsprechende Herabminderung unserer Beamtenschaft ein gestärkteres Verhältnis zwischen Unkosten und Einnahmen herzustellen, eine Richtlinie, die auch weiterhin von uns wie von der übrigen Wirtschaft verfolgt werden muß.

Zu unserem lebhaften Bedauern schied nach langjähriger verdienstvoller Tätigkeit für unser Institut, für die wir ihm auch an dieser Stelle unseren besonderen Dank aussprechen, Anfang November der Geschäftsinhaber unserer Bank, Herr Dr. Hjalmar Schacht, aus unserem Kollegium aus, um sich auf Wunsch der Reichsregierung den Aufgaben der Währungspolitik zu widmen.

Berlin, im Juni 1924.

Die persönlich haftenden Gesellschafter.

Bad. höhere techn. Lehranstalt Karlsruhe

Moltkestraße 9.

Das Winter-Semester 1924/25 des Staatstechnikums beginnt mit dem Unterricht am

D.371

Mittwoch, den 15. Oktober 1924, vorm. 8 Uhr.

Aufnahme- und Nachprüfungen finden am 13. und 14. Oktober statt. Die Prüflinge werden besonders benachrichtigt.

Die Anmeldungen sind längstens am 15. Juli 1924 einzureichen. Alles Nähere ist aus dem Programm ersichtlich, das gegen eine Gebühr von 50 Pfg. zuzüglich Porto zu beziehen ist.

D.370

Die Direktion.

Metallbetten.

Stahlmatt., Kinderbett., direkt an Private, Katalog 78 R. frei.

Eisenmöbelfabrik Euhl (Ehrl.)

Bürgerl. Rechtspflege

a. Streifige Gerichtsbarkeit.

13.687. Sinsheim. Der Tagelöhner Martin Hofmann ist in Reichen ist durch Beschluß des hiesigen Amtsgerichts vom 28. Mai 1924 wegen Trunksucht entmündigt worden.

Sinsheim, 7. Juni 1924.

Bad. Amtsgericht.